

Warum bei der Inklusion in Niedersachsen das Ziel nicht in Sicht ist

Es ist eines der ganz großen schulpolitischen Themen: Wie kann das gemeinsame Unterrichten behinderter und nicht-behinderter Kinder auf Dauer gelingen? Symbolfoto: dpa

Hannover. Es ist eines der ganz großen schulpolitischen Themen: Wie kann das gemeinsame Unterrichten von behinderten und nicht-behinderten Kindern auf Dauer gelingen? Klar ist: Das Ziel ist noch nicht in Sicht.

Dass die Aufgabe riesig wird, räumt auch Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) ein: „Wir haben mit der Inklusion einen der größten Umstellungsprozesse der Schulgeschichte vor uns“, sagte sie am Donnerstag bei der Vorstellung eines Konzepts regionaler Beratungszentren, die nächstes Jahr starten sollen.

Es geht um ein Nachsteuern. Denn obwohl bereits 2012 das gemeinsame Unterrichten von Behinderten und Nicht-Behinderten in Niedersachsen auf den Weg gebracht wurde, ist das Land vom inklusiven Schulsystem noch weit entfernt.

Es fehlt weiterhin an Sonderpädagogen, an Fortbildungen für Lehrer an Regelschulen und Räumlichkeiten. Rektoren berichten von „Rückläufern“. Das sind Kinder mit Handicap, die von der Regelschule zurück an

Förderschulen gehen. Zudem ist der niedersächsische Weg durchaus ehrgeizig: Während andere Länder wie Bayern auf inklusive Schwerpunktschulen setzen, sollen hierzulande alle Schulen Inklusion können.

Trotzdem sieht sich Rot-Grün derzeit auf einem richtigen Weg: Man werde die Inklusion „behutsam und konsequent“ weiterentwickeln, verspricht der Grünen-Politiker Heiner Scholing. Im Landtag liegen derzeit Gesetzentwürfe von [SPD](#) und Grünen, CDU sowie der FDP zu einer Reform der Inklusion. Anfang 2017 will der Schulausschuss in einer ausgiebigen Sitzung hören, wie die Verbände zu dem hehren Ziel des zieldifferenzierten Unterrichts in einem Klassenraum stehen.

„Atempause“ gefordert

Mag sich die Politik im Ziel der Inklusion weitgehend einig sein, der Weg ist umstritten. Und manchen Eltern ist das Tempo der Reform unheimlich. Wie Anika von Bose vom Elternrat der Sprachheilschule Celle. Sie hat ihren Sohn bewusst in eine Förder- und nicht an eine Regelschule geschickt. Hier bestehe nicht die Gefahr, dass das Kind „untergehe“. Entsprechend ärgert es sie, dass das Schulministerium die Förderschule wegen der Inklusion nicht mehr genauso ausstatten will wie andere. Zwar ist die Schließung der Förderschule vom Tisch. Aber dass sie politisch nicht mehr gewollt ist, sehe man an fehlenden Lehrerstunden und am fehlenden Ganztagsausbau. Ein Fehler, findet die Mutter. „Inklusion braucht mehr Zeit. Ich sehe die Umsetzung mit der Brechstange kritisch“, sagt von Bose.

Diese Worte könnten auch von Björn Försterling von der

FDP kommen. Die Partei fordert eine „Atempause“ für Eltern, Schüler und Lehrer. Das Tempo überfordere die Schulen systematisch. Auch die CDU warnt: „Wenn wir so weitermachen, laufen wir Gefahr, dass die Inklusion gesellschaftlich scheitert“, warnt CDU-Schulexperte Kai Seefried. Auch der designierte Spitzenkandidat der Partei, Ex-Kultusminister Bernd Althusmann, fordert „mehr Zeit“ für Inklusion und lehnt die Abschaffung der Förderschule Lernen ab.

Das ist schon ein Wink für den Wahlkampf 2018. Dass das Thema bis dahin abgeschlossen sein könnte, glaubt in Hannovers Landespolitik nämlich niemand.

Ein Artikel von Klaus Wieschemeyer